

Entschließungsantrag

**des Abgeordneten Werner Schulz (Berlin) und der Gruppe
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zur Großen Anfrage des Abgeordneten Werner Schulz (Berlin) und der Gruppe
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
— Drucksachen 12/1315, 12/1996 —

Stilllegung des keramischen Standorts Großdubrau/Sachsen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Niedergang der Lausitzer Industrie und namentlich der Margarethenhütte Großdubrau zeigen, daß die Treuhandanstalt ihrer gesellschaftlichen Verantwortung immer noch nicht in ausreichendem Maße gerecht wird.

Insbesondere die strukturpolitischen Auswirkungen ihrer Entscheidungen werden von der Treuhandanstalt nicht genügend berücksichtigt.

Nur dort, wo massiver Widerstand der Belegschaften eine breite Öffentlichkeit erzielt, wie im Henningsdorfer Stahlwerk oder den Ostseewerften, kommt die Treuhandanstalt in Rechtfertigungszwang für ihre Handlungen und wird genötigt, ihre strukturpolitische Verantwortung wahrzunehmen.

Initiativen von Belegschaften, Vorschläge und Konzepte, die nicht aus den Chefetagen (zumeist westdeutscher) etablierter Unternehmen stammen, haben offenbar schlechte Chancen, bei der Treuhandanstalt auf positive Resonanz zu stoßen. So fällt es den von Arbeitsplatzverlust bedrohten Menschen in den treuhänderisch verwalteten Betrieben oftmals schwer, die Treuhandanstalt als Partner im Kampf um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze zu erkennen. Die Informationspolitik der Treuhandanstalt ist in erster Linie darauf angelegt, die Erfolge der Anstalt bei der Privatisierung öffentlich darzustellen. Dahinter tritt die Kommunikation mit den direkt von Entscheidungen Betroffenen in den Hintergrund. Belegschaften von Treuhandbetrieben fühlen sich häufig schlecht, unvollständig oder auch falsch informiert über an-

stehende Entscheidungen und Pläne. Hier sind Verbesserungen dringend erforderlich.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Treuhandanstalt zu verpflichten,
 - die strukturpolitische Verantwortung, die mit der Tätigkeit der Treuhandanstalt unauflösbar verbunden ist, endlich anzuerkennen und in die Leitlinien ihres Handelns einzubeziehen;
 - Konzepte und Initiativen zur Erhaltung von Unternehmen – gleich von welcher Seite – unvoreingenommen zu prüfen und insbesondere Belegschaftsinitiativen, wo immer möglich, positiv aufzugreifen;
 - in Zukunft eine rückhaltlos offene Informationspolitik zu betreiben, die vor allem der Tatsache Rechnung trägt, daß die Treuhandanstalt den Belegschaften in den Betrieben und den Menschen in den betroffenen Standorten verantwortlich ist;
2. für die aus geographischen und industriestrukturellen Gründen besonders benachteiligte Region der Lausitz tragfähige wirtschaftspolitische Konzepte zu entwickeln und sich insbesondere nachhaltig für den Erhalt des Keramikstandorts Großdubrau einzusetzen.

Bonn, den 12. März 1992

Werner Schulz (Berlin) und Gruppe